

27.11.2017

Kleine Anfrage 568

des Abgeordneten Sven W. Tritschler AfD

Bedrohung der Meinungsvielfalt an den Universitäten Nordrhein-Westfalens

Am 23. November 2017 kam es im Rahmen einer Diskussion mit dem Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft an der Universität zu Köln zu massiven Störungen durch Linksradikale.

Ebenfalls an der Universität zu Köln wurde am 6. Dezember 2016 ein Vortrag des nordrhein-westfälischen AfD-Landesvorsitzenden durch linksradikale Störer verhindert.

An der Ruhr-Universität Bochum wurde im Juli 2017 ein Vortrag des FDP-Landesvorsitzenden gestört.

Die vorgenannten Beispiele zeigen, wie sehr die Meinungsvielfalt an den Universitäten und Hochschulen des Landes offenbar inzwischen gefährdet ist.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. An welchen Universitäten und Hochschulen des Landes kam es in den Jahren 2015, 2016 und 2017 zu Störungen von Veranstaltungen? (Bitte nach Zahl, Jahr und Universität/Hochschule aufschlüsseln.)
2. Wie viele Veranstaltungen mussten aufgrund von Störungen und/oder Drohungen abgesagt werden? (Bitte ebenfalls wie unter Ziffer 1 aufschlüsseln.)
3. An welchen Universitäten und Hochschulen des Landes kam in den Jahren 2015, 2016 und 2017 zu Straftaten mit politischem Hintergrund? (Bitte nach Universität/Hochschule, Jahr, Straftatbestand und politischem Hintergrund aufschlüsseln.)

Datum des Originals: 26.11.2017/Ausgegeben: 28.11.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

4. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass keine Landesmittel und/oder Pflichtbeiträge von Studenten dazu zweckentfremdet werden, Veranstaltungen zu stören, bzw. auf andere Weise die freie Meinungsäußerung an den Universitäten und Hochschulen des Landes zu unterdrücken?
5. Welche Maßnahmen trifft die Landesregierung, um an den Universitäten und Hochschulen des Landes ein Klima der Toleranz und Meinungsvielfalt zu schaffen, bzw. zu erhalten?

Sven W. Tritschler